

Forschen und Lehren über und für Europa

Fritz Breuss

WU-Wien

Fritz.Breuss@wu.ac.at

WIFO, Wien

Fritz.Breuss@wifo.ac.at

Beitrag zur EASA-Festschrift 2015

M. Eder und E. Kuhn (Hrsg.):

“Akademien in Europa: Traum oder Trauma”

Festschrift: 25 Jahre Europäische Akademie der Wissenschaften

Und Künste (European Academy of Sciences and Arts),

Danube edition, Bratislava, 2015, 29-38.

Kurzfassung

Anhand der eigenen Erfahrungen im Zusammenhang mit dem österreichischen EU-Beitritt werden die Anstöße für Europaforschung und – lehre dargestellt. Die österreichische EU-Mitgliedschaft wurde mittels zahlreicher Studien ex ante und ex post in einer Art „Parallelaktion“ begleitet. Ein Ausblick über die Zukunft der EU beschließt diesen Beitrag.

Abstract

Making use of the own experience the impact of Austria's accession to the EU on research and teaching European Integration is described. Austria's EU membership has been accompanied with numerous studies ex ante and ex post in a kind of “parallel action”. Some thoughts on the future of the EU conclude this contribution.

Keywords: Europäische Integration

JEL Classification: F15

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Europäische Integration – ein interdisziplinäres Projekt.....	2
3. Österreichs EU-Beitritt als Anstoß zu Forschung und Lehre über Europa	5
3.1 <i>Forschung ex ante</i>	5
3.2 <i>Forschung ex post</i>	8
3.3 <i>Lehre</i>	8
4. Quo vadis Europa?	9
5. Literatur	10

1. Einleitung

Europa ist im Werden und daher eine ewige Baustelle. Vom Wunsch Winston Churchills kurz nach dem Zweiten Weltkrieg (Züricher Rede von 1946), die „*Vereinigten Staaten von Europa*“ (VSE) zu schaffen, um Frieden in Europa zu garantieren, sind wir noch weit entfernt. In der Zwischenzeit hat die Europäische Integration „kleinere Brötchen“ gebacken, aber sich doch stetig weiterentwickelt. Europas Integration startete mit einer bloßen Kohle und Stahlgemeinschaft (Schumann-Plan) über eine Wirtschaftsgemeinschaft, die erst viel später in einen echten Binnenmarkt mündete und in einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) mit einer Einheitswährung (Euro) verschmolz. Die bisher immer engere wirtschaftliche Integration wurde zunächst nur zaghaft bzw. indirekt („Jean-Monnet-Effekt“), aber seit der WWU immer stärker auch (wirtschafts)politisch direkt vorangetrieben. Die „Euro-Krise“ im Gefolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 hat klar vor Augen geführt, dass eine komplexe wirtschaftliche Integration nicht ohne eine ebensolche politische Integration auskommen kann. Trotz oder wegen aller Turbulenzen in jüngster Zeit (Wirtschaftskrisen und separatistische Strömungen) hat die Europäische Union 2012 den Friedensnobelpreis für ihre friedensstiftenden Aktivitäten in Europa erhalten, ohne bereits die VSE verwirklicht zu haben.

In diesem kurzen Beitrag möchte ich die folgenden Themen aufgreifen:

- Die Europäische Integration als ein interdisziplinäres Projekt
- Österreichs EU-Beitritt gab Anstoß zur Europaforschung
- Quo vadis Europa?

Meine Darstellung wird – auch in der Auswahl der Literatur - sehr subjektiv sein und meinen Werdegang vom Außenhändler zum Europäer in Forschung und Lehre skizzieren. Mein Werdegang auf diesem Gebiet war eine Art „Parallelaktion“ zum Prozess des österreichischen EU-Beitritts.

2. Europäische Integration – ein interdisziplinäres Projekt

Wie auf vielen wissenschaftlichen Gebieten scheint es auch in der Europaforschung so etwas wie einen fachspezifischen Egozentrismus zu geben. Juristen behaupten, dass die Europäische

Integration ein „juristisches“ Projekt sei, Politologen beanspruchen dasselbe für ihr Fachgebiet und die Ökonomen scheinen auf der Strecke zu bleiben. Man könnte die „Geburt“ der Europäischen Integration als (politischen) Geniestreich bezeichnen, indem ökonomische Integration (Kohle und Stahl) als Vehikel für kurz nach dem Zweiten Weltkrieg noch nicht mögliche, aber für eine später angedachte politische Vereinigung Europas benutzt wurde. Dieser nach ihrem Erfinder Jean Monnet genannte „Jean-Monnet-Effekt“ war Grundlage der Schuman-Erklärung vom 9. Mai 1950 (jährlich als „Europatag“ gefeiert) und mündete im EGKS-Vertrag von 1952. Auch der EWG-Vertrag von 1958, der die Basis der heutigen Union darstellt, definiert schon in ihrem Namen („*Europäische Wirtschaftsgemeinschaft*“ – EWG) das ökonomische Ziel.

Die EWG hat sich aber stetig weiter entwickelt, bezüglich ihres Inhalts („Vertiefung“ – von der Zollunion über den Binnenmarkt bis zur Wirtschafts- und Währungsunion mit der Einführung des Euro) und ihres Umfangs („Erweiterung“ - von ursprünglich sechs Mitgliedern auf derzeit 28). Die Europäische Integration hat die ursprüngliche „Scham“ gegenüber einer offenen politischen Integration längst abgelegt. Sie ist über mehrere Vertragsänderungen bis hin zum derzeit gültigen Lissabon-Vertrag auch politisch immer stärker vorangeschritten. Dass es aber derzeit noch schwer vorstellbar ist, die „Vereinigten Staaten von Europa“ (VSE) zu gründen, hat der erste Versuch mit dem Projekt des „Vertrags über eine Verfassung für Europa“ (VVE) deutlich gezeigt. Er wurde 2005 sogar in den Gründerstaaten der EU, in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt. Anstelle des die bisherigen Verträge vereinenden und recht gut lesbaren VVE wurde als Kompromiss am 1. Dezember 2009 der (juristisch äußerst komplexe) Lissabon-Vertrag in Kraft gesetzt.

Mag die Europäische Integration am Beginn ein rein ökonomisches Ziel gehabt haben, mit dem Hintergedanken, die politische Integration folgen zu lassen, so ist die EU in der heutigen Konstellation nicht mehr klar auf die Wirtschaftsintegration einzugrenzen. Vielmehr ist mit der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und durch die Einführung des Euro die höchste Stufe wirtschaftlicher Integration bereits erklommen. Wie die jüngste „Euro-Krise“ (siehe Breuss, 2015) gelehrt hat, ist die dafür notwendige wirtschaftspolitische Architektur immer noch unzureichend und wird laufend angepasst. Die Euro-Krise hat aber auch die Frage aufgeworfen, ob die EU nicht „mehr Europa“ (auch politisch) benötigt, um in Zukunft krisenfest zu sein und ob

die bisherige Situation des „Europe à la carte“ (eine EU-28, in der nicht alle Mitglieder bei allen Integrationsschritten dabei sind) nicht kontraproduktiv sei. Auf jeden Fall werden die weiteren Integrationsschritte zu einer stärkeren politischen Europäisierung („eine immer engere Union“) führen, obwohl auch im Lissabon-Vertrag die Stoßrichtung der Europäischen Integration unbestritten eine „ökonomische“ bleibt. Als die „Ziele der Union“ sagt der Vertrag über die Europäische Union (EUV):

- In Artikel 3(3): *„Die Union errichtet einen Binnenmarkt. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. Sie fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt.“*
- In Artikel 3(4): *„Die Union errichtet eine Wirtschafts- und Währungsunion, deren Währung der Euro ist.“*

Den ökonomischen Zielen werden in Artikel 1 EUV die – wenn auch sehr allgemein formulierten – hehren politischen Ziele vorangestellt: *„Dieser Vertrag stellt eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas dar, in der die Entscheidungen möglichst offen und möglichst bürgernah getroffen werden.“*

Dass die Europäische Integration ein großes Friedensprojekt ist, wurde eindrücklich durch die letzte große EU-Erweiterung in Richtung Osteuropa demonstriert. Die Union wird vielfach als „soft power“ bezeichnet, womit wohlmeinende Beobachter andeuten wollen, dass die Stärken der Union nicht in der militärischen Macht liegt (diese gibt es derzeit auch noch gar nicht), sondern in den „Werten“. Die Wertegemeinschaft macht – neben der wirtschaftlichen Stärke der EU¹ (siehe Breuss, 2013D) - die Attraktivität für viele Länder außerhalb und innerhalb Europas aus. Wie sonst wäre es zu erklären, dass die EFTA praktisch zerbröseln ist und sich ein Abseitsstehen nur noch die reichsten Länder Europas leisten kann (Norwegen und die Schweiz sind Musterbeispiele). Wie sonst wäre der immense Drang der Osteuropäer und Balkanstaaten in

¹ Die Union ist – wie schon Jacques Delors anlässlich des Irak-Kuweit-Konflikts zu sagen pflegte – wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg und militärstrategisch eine Maus. Tatsächlich ist die EU eine Welthandelsgroßmacht mit – allmählich sinkenden - Weltmarktanteilen weit vor den USA, Japans und Chinas (siehe Breuss, 2013D).

Richtung EU nach dem welthistorischen Ereignis der Ostöffnung von 1989, dem Zerfalls der UdSSR 1991 und Jugoslawiens zu erklären gewesen; zuletzt auch demonstriert im Fall der Ukraine. Die EU mit ihren scheinbaren paradiesischen ökonomischen Perspektiven löst immer noch einen unwiderstehlichen und vielfach fatalen (illegalen) Migrationsstrom von Afrika nach Europa aus. Nicht zu Unrecht wurde die EU 2012 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Unbestritten ist die Europäische Integration angesichts des bereits hohen Integrationsgrades ein immens interdisziplinäres Projekt (vor allem eines der Eliten – wie die zunehmende Skepsis des europäischen „Fußvolkes“ zeigt) mit dem Endziel, eine friedliche politische Entität (Wertegemeinschaft) zu schaffen, die die Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstandes ihrer BürgerInnen als ureigenstem Ziel vor Augen hat. Dabei geht es noch gar nicht um eine wissenschaftliche Bewertung, sondern um reale Ziele. Wissenschaftlich können Vertreter aller drei genannten Wissenschaftsrichtungen (Politologen, Juristen, Ökonomen) wertvolle Beiträge leisten.

Dabei muss man wohl unterscheiden zwischen der Integrationsrealität bzw. ihren Zielen, wie sie von der Bevölkerung in den EU-Mitgliedstaaten wahrgenommen werden und der Forschung und Lehre über Integrationsfragen. Erstere spielt sich vorwiegend auf politischer und ökonomischer Ebene ab, während die Forschung, die Wirkungen und Zusammenhänge ergründen soll, zwangsläufig stark vom juristischen Unterbau des EU-Projektes lebt, der aber von der normalen Bevölkerung kaum wahrgenommen, geschweige denn voll verstanden wird.

3. Österreichs EU-Beitritt als Anstoß zu Forschung und Lehre über Europa

Die Ambitionen Österreichs, der EU beizutreten hat einen mächtigen Anstoß für die Forschung und Lehre über Integrationsfragen, insbesondere über deren Auswirkungen auf Österreich ausgelöst. In Forschung und Lehre wurde der österreichische Weg nach Europa in einer Art „Parallelaktion“ begleitet. Ich durfte von Anfang an, an diesem Prozess teilhaben.

3.1 Forschung ex ante

Die Veröffentlichung des „*Weißbuches über die Vollendung des Binnenmarktes*“ im Juni 1985 durch die Europäische Kommission und dessen Annahme durch den Europäischen Rat hat die Regierungen und die Wirtschaftstreibenden in den nicht der EG angehörenden Staaten

wachgerüttelt. Nach einer langen Phase des integrationspolitischen Stillstandes in Europa (der letzte große Schritt war die handelspolitische Vereinigung von EG und EFTA in den Freihandelsabkommen von 1972) bedeutete die Schaffung eines funktionierenden Binnenmarktes einen großen und längst notwendigen qualitativen Integrationsschritt vorwärts, der weit über eine Handelsliberalisierung hinausgehen würde. Dies wurde auch allmählich in Österreich zur Kenntnis genommen. Die EFTA-Mitgliedschaft allein genügte nicht mehr um im Konkurrenzkampf mit Teilnehmern am Binnenmarkt nicht ins Hintertreffen zu geraten.

In Österreich wurde ein Beitritt zur EWG und der späteren EG mit dem Argument der Neutralität lange Zeit apodiktisch ausgeschlossen. Erst die bahnbrechende Studie von Hummer-Schweitzer (1987) hat juristisch fundiert begründet, dass für eine Vollmitgliedschaft Österreichs in der EG keine neutralitätsrechtlichen Bedenken bestehen. Damit war der Bann in Österreich gebrochen und ein EG-Beitritt wurde plötzlich (neben anderen Optionen – wie sie etwa die Schweiz mit ihrer Strategie der bilateralen Abkommen einschlug; siehe Breuss, 2005, 2007) für möglich erachtet. In der Phase der Meinungsfindung innerhalb der Parteien und Verbände (eine detaillierte Beschreibung dieser Phase findet man in Gehler-Steininger (1993/2014), Gehler (2002) und Breuss (1996)), welche Strategie der Annäherung Österreich wählen sollte, wurden diverse Studien in Auftrag gegeben.

Die erste umfangreiche ökonomische Analyse verschiedener Optionen – eine Abschätzung der Vorteile einer Teilnahme am Binnenmarkt als Vollmitglied und der Kosten des Abseitsstehens – verfassten Breuss und Stankovsky (1988). Rasch darauf beauftragte das Bundesministerium für Finanzen das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) mit einer Untersuchung, wie groß der ökonomische Nutzen eines EG-Beitritts wäre und welche wirtschaftlichen Kosten ein Nichtbeitritt verursachen würde. Diese Studie wurde mittels Simulationen mit dem WIFO-Makromodell von Breuss und Schebeck (1989) durchgeführt. Es wäre vermessen zu behaupten, dass diese Studien die Europapolitik der österreichischen Regierung maßgeblich beeinflussten. Unbestritten aber ist, dass die juristische Hummer-Schweitzer-Studie den politischen Boden geebnet hat und die ökonomischen Studien von Breuss-Stankovsky und Breuss-Schebeck nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, dass die Bundesregierung sich entschloss, einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG zu stellen. Am 17. Juli 1989 hat dann Außenminister Alois Mock

den Brief mit dem offiziellen Beitrittsgesuch der österreichischen Bundesregierung dem Vorsitzenden des EG-Ministerrats, dem französischen Außenminister Roland Dumas in Brüssel übergeben².

Wie erinnerlich hat der Beitrittsprozess vier Jahre gedauert. Dessen Ergebnis – der Beitrittsvertrag - wurde am 12. Juni 1994 einer Volksabstimmung unterzogen. Aufgrund des positiven Ausgangs (66,58% stimmten dafür) war es Österreich möglich, am 1. Jänner 1995 der EU beizutreten³. Das Jahr 1989 hat aber nicht durch die Abgabe des österreichischen EU-Beitrittsgesuchs welthistorische Bedeutung erlangt. In diesem Jahr sind viel aufregendere Weltereignisse in Osteuropa passiert, ohne dass deswegen das „Ende der Geschichte“ angebrochen wäre. Deswegen wird das Jahr 1989 wohl als welthistorischer Einschnitt in die Geschichtsbücher Europas eingehen. Im Zuge einer friedlichen Revolution implodierten in Osteuropa die kommunistischen Regime: die UdSSR entließ ihre einstigen Satelliten in Osteuropa in die Unabhängigkeit. In Berlin fiel die „Mauer“. Der Kommunismus dankte zugunsten Demokratie und Marktwirtschaft ab und letztlich löste sich 1991 die UdSSR – eine einst mit den USA gleichwertige Supermacht – auf. Zu Jahresbeginn 1989 hielt Kommissionspräsident Jacques Delors vor dem Europäischen Parlament eine viel beachtete Rede, in der er als Alternative zu EG-Beitritten ein Abkommen zwischen EG- und EFTA-Staaten über einen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vorschlug. Österreich nahm pflichtgemäß als EFTA-Mitglied im Jahr 1994 am EWR teil. Ziel war aber ohnehin der EU-Beitritt. Eine Abschätzung der ökonomischen Folgen eines EWR-Beitritts wurde damals von Breuss und Schebeck (1991) mit folgendem Ergebnis erstellt: in der Rangfolge des ökonomischen Nutzens (gemessen am potentiellen Wirtschaftswachstum) rangierte ein Beitritt zur EG vor dem EWR-Beitritt und dieser vor einem Nichtbeitritt.

Österreich hat als Mitglied der EU sofort an allen Integrationsschritten der EU teilgenommen: Schengen 1995, WWU 1999 und Einführung des Euro 2002. Die große EU-Erweiterung von 2004 und 2007 hat Österreich ökonomisch besonders begünstigt, sind dadurch doch die positiven

² Eine „Chronologie der Beziehungen Österreich-EWG/EU“ findet man auf der Webseite des Parlaments: <http://www.parlament.gv.at/PERK/PE/EU/EUERweiterung/ChronologieBeziehungenAT-EU/index.shtml>

³ Eine umfangreiche Studie (siehe Breuss et al., 1994) zu Beginn des österreichischen EU-Beitritts über die möglichen gesamtwirtschaftlichen und sektoralen Auswirkungen kam zum Ergebnis, dass Österreichs reales BIP durch den EU-Beitritt um rund ½% pro Jahr zusätzlich steigen würde.

ökonomischen Effekte der Grenzöffnung von 1989 noch verstärkt und Österreich geografisch von einer Randlage ins Zentrum Europas gerückt worden (siehe Breuss, 2014B). Wie beim Beitritt zur EU im Jahr 2005 wurden auch die folgenden Integrationsschritte – WWU und Euro-Einführung und EU-Erweiterung – auf ihre möglichen ökonomischen Auswirkungen in diversen Studien abgeschätzt – meist mittels Modellsimulationen (siehe: Baumgartner et al., 1997; Breuss, 1997; Breuss, 2001, 2002; Breuss, 2010).

3.2 Forschung ex post

Studien vor einem Integrationsschritt (EU-Beitritt, Euro-Einführung, EU-Erweiterung) schätzen ex ante mögliche wirtschaftliche Auswirkungen ab. Ob diese dann tatsächlich eintreten, muss nachträglich, also ex post ermittelt werden. Ex-ante-Studien sind meist einfacher, weil sie integrationstheoretische Effekte in Modellen simulieren. Ex-post-Studien sind seltener, weil auch schwieriger. Nachträglich muss man aus dem tatsächlichen wirtschaftlichen Verlauf einer Volkswirtschaft die so-genannten „Integrationseffekte“ herausrechnen. Auch auf diesem Gebiet gab es im Falle Österreichs mehrere Studien zur Bewertung der Auswirkungen der verschiedenen Schritte der Integration Österreichs (1989 Ostöffnung; 1995 EU-Beitritt, 1999 WWU-Beitritt, 2004/07 EU-Erweiterung (siehe z.B. Breuss, 2012; 2013A, 2014A)⁴. Laut aktuellster Ex-post-Evaluierung (siehe Breuss, 2014A) hat sich die Teilnahme Österreichs an allen Integrationsschritten seit der Ostöffnung 1989 positiv für die Gesamtwirtschaft ausgewirkt. Die Ostöffnung vor 25 Jahren alleine hat zu einem zusätzlichen Anstieg des realen BIP von 0,2% pro Jahr beigetragen. 20 Jahre EU-Beitritt ermöglichten eine zusätzliche Steigerung des realen BIP um 0,6% pro Jahr. 15 Jahre Mitgliedschaft in der WWU haben das BIP um 0,5% pro Jahr erhöht. Zehn Jahre Teilhabe an der großen letzten EU-Erweiterung hat Österreich einen zusätzlichen BIP-Wachstumsschub von 0.2% pro Jahr gebracht. Im Durchschnitt hat die Teilnahme an allen Integrationsschritten seit 1989 hat dazu beigetragen, dass das reale BIP Österreichs um 0,9% pro Jahr stärker gestiegen ist als ohne Integration.

3.3 Lehre

Mein persönlicher Berufsweg war schon vor den österreichischen EU-Ambitionen (als EFTA-Mitglied), aber besonders seit diese manifest wurden, stark mit Europafragen verknüpft. Das betraf vor allem die Erstellung von Studien in Vorbereitung auf den österreichischen EU-Beitritt.

⁴ Forschungsarbeiten zum Thema Europa aus ökonomischer Sicht können auch in „*Empirica – Journal of European Economics*“, dessen Managing Editor ich bin, publiziert werden (siehe: <http://www.springer.com/economics/european+integration/journal/10663>)

Nicht zuletzt auf Grund meiner Expertise in Europafragen wurde ich im März 1993 zum Universitätsprofessor für das Fach „Europäische Wirtschaft“ an das im Februar 1990 von Professor Stefan Griller gegründete interdisziplinäre Forschungsinstitut für Europafragen (seit 2004 „Europainstitut“ genannt⁵) an der Wirtschaftsuniversität (WU) Wien berufen (Berufungsvortrag, siehe Breuss, 1992). Im Jahr 1995 erhielt ich von der Europäischen Kommission im Rahmen des Jean-Monnet-Programmes⁶ den Titel Jean Monnet Professor für „wirtschaftliche Aspekte der Europäischen Integration“. Bis zu meiner Pensionierung im Jahr 2009 unterrichtete ich an der WU-Wien im Rahmen des Europainstituts Internationale Wirtschaft mit Schwerpunkt Europäische Integration. Aus dieser Tätigkeit sind zwei Lehrbücher entstanden (Breuss, 2003, 2006). Wegen des interdisziplinären Ansatzes des Europainstituts⁷ an der WU-Wien (Professor Gerhard Fink war Betriebswirt, Professor Stefan Griller Jurist und ich Ökonom – alle drei waren Inhaber eines Jean Monnet Chairs) wurde es 1998 im Rahmen des Jean-Monnet-Programmes mit dem Titel „Jean Monnet Centre of Excellence“ für Europaforschung und Lehre über Europa ausgezeichnet. Voraussetzung für die Verleihung des Titels Jean Monnet Professor ist neben der Forschung über Europa auch die Verpflichtung, den Europagedanken in der Lehre zu verbreiten. Dieser Titel bleibt auch nach der Emeritierung erhalten, wenn man sich weiter mit Europafragen beschäftigt.

4. Quo vadis Europa?

Die stetige EU-Erweiterung ermüdet das Fußvolk! Die Abstrafung der Eliten in den VVE-Referenden in Frankreich und in den Niederlanden hat tiefe Spuren hinterlassen. Zum einen musste der VVE mit Hilfe des Lissabon-Vertrags „repariert“ werden. Zum anderen haben diese demokratiepolitischen Tiefschläge einen Trend zur Renationalisierung in einigen EU-Mitgliedstaaten ausgelöst. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 mit der „Großen

⁵ Siehe: <http://www.wu.ac.at/europainstitut>

⁶ Siehe die Webseite des „Jean Monnet Programmes“ – „Opportunities for teaching and research“: http://ec.europa.eu/education/opportunities/jean-monnet/teaching-research_en.htm

⁷ Neben der Schriftenreihe des Europainstituts, in der Bücher im Springer-Verlag zu allen Aspekten der europäischen Integration publiziert werden, gibt es noch eine zweite Schiene für Publikationen, nämlich die Schriftenreihe von ECSA-Austria, die ebenfalls im Springer-Verlag erscheint. ECSA-Austria (ECSA steht für European Community Studies Association siehe: <http://www2.wu-wien.ac.at/ecsa/ecsa.htm>) – einem Verein, dessen Präsident ich war - ist mit dem internationalen Netzwerk von ECSA World (<http://www.ecsaworld.eu/>) verbunden. Jedes zweite Jahr veranstaltet ECSA-Austria eine Dreiländer-ECSA-Konferenz mit den entsprechenden Vereinen in Deutschland und in der Schweiz. Daneben gibt ECSA-Austria mit den *European Integration online Papers* (EIOP; siehe: <http://eiop.or.at/eiop/index.php/eiop>) auch eine internationale online-Zeitschrift über Europafragen heraus, die ganz im Sinne der Interdisziplinarität Juristen, Ökonomen und Politologen offen steht.

Rezession“ 2009 und die anschließende selbst verursachte „Euro-Krise“ seit 2010 (siehe Breuss, 2015) hat zusätzlich die Zustimmung zu Europa – wie auch die Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2014 demonstriert hat - auf eine weitere harte Probe gestellt. Die Frage steht im Raum, ob wir „mehr Europa“ brauchen oder ob wir mit dem bisherigen Konzept der „mehreren Europas“ die Zukunft besser meistern können. Auf jeden Fall machte die „Euro-Krise“ eine komplette Überarbeitung der Economic Governance der WWU notwendig (siehe Breuss, 2013B). Ob die zunehmend komplexere, aber noch als „Staatenverbund“ organisierte EU – wie in den Plänen von Van Rompuy und Barroso angedacht – letztlich in den Vereinigten Staaten von Europa (siehe Breuss, 2013C) endet, bleibt abzuwarten.

Die politischen Widerstände in den Mitgliedstaaten und die Europaskepsis deuten nicht darauf hin, dass wir in absehbarer Zeit den Trend der bisherigen Europäischen Integration zu immer stärkerer Vertiefung (Zollunion, Binnenmarkt, Euro) in Richtung VSE fortschreiben können. Als Gegenposition zu „mehr Europa“ haben die jüngsten Krisen eher zu separatistischen Tendenzen und damit zu „weniger Europa“ geführt: eine mögliche Abspaltung Schottlands von Großbritannien sowie Kataloniens von Spanien, was zu die Zahl der EU-Mitglieder erhöhen würde; dem steht gegenüber, dass Großbritannien möglicherweise aus der EU austreten wird. Dem Stillstand in der „Vertiefung“ steht wegen der ungebrochenen Attraktivität der EU für viele Drittstaaten eine unaufhaltsame Tendenz zur „Erweiterung“ gegenüber. Man kann sich leicht vorstellen, dass die EU im Jahr 2030 auf 40 Länder angewachsen sein wird.

5. Literatur

- Baumgartner, J., Breuss, F., Kramer, H., Walterskirchen, E. (1997): *Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion*, WIFO-Gutachten im Auftrag des Bundesministerium für Finanzen, Wien, Februar 1997.
- Breuss, F. (1992): „Ökonomische Integrationsforschung in Vergangenheit und Zukunft“, *Wirtschaftspolitische Blätter*, Heft 5/6, 39. Jg., 1992, 608-625.
- Breuss, F. (1996): „Austria's Approach towards the European Union“, Europainstitut (vormals Forschungsinstitut für Europafragen an der WU-Wien), *IEF Working Paper* Nr. 18, April 1996.
- Breuss, F. (1997): “The Economic Consequences of a Large EMU - Results of Macroeconomic Model Simulations”, *European Integration online Papers (EIoP)*, Vol. 1, No. 10, 1997.
- Breuss, F. (2001): „Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder“, *WIFO-Monatsberichte* 11/2001, 655-666.
- Breuss, F. (2002): “Benefits and Dangers of EU Enlargement”, *Empirica*, Vol. 29, No. 3, 2002, 245-274.

- Breuss, F. (2003): *Reale Außenwirtschaft und Europäische Integration*, Peter Lang – Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main-Berlin-Bern-Bruxelles-New York-Oxford-Wien, 2003.
- Breuss, F. (2005): „Österreich und Schweiz – Erfahrungen mit und ohne EU-Mitgliedschaft“, *WIFO-Monatsberichte* 10/2005, 681-714.
- Breuss, F. (2006): *Monetäre Außenwirtschaft und Europäische Integration*, Peter Lang – Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main-Berlin-Bern-Bruxelles-New York-Oxford-Wien, 2006.
- Breuss, F. (2007): “Österreich und Schweiz – Ökonomische Erfahrungen mit und ohne Mitgliedschaft in der Europäischen Union“, in: F. Breuss, Th. Cottier und P.-Ch. Müller-Graff (Hrsg.), *Die Schweiz im europäischen Integrationsprozess*, Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Band 61, Nomos-Verlag und Helbing-Lichtenhahn-Verlag: Baden-Baden und Basel, 2007, 63-110.
- Breuss, F. (2010): “An Evaluation of the EU’s Fifth Enlargement: With Special Focus on Bulgaria and Romania”, in: F. Keereman and I. Szekeley (Eds.), *Five years of an Enlarged EU – A Positive Sum Game*, Berlin, Heidelberg, 2010, 221-248.
- Breuss, F. (2012): *EU-Mitgliedschaft Österreichs - Eine Evaluierung in Zeiten der Krise*, WIFO-Studie, Oktober 2012.
- Breuss, F. (2013A): „Effekte der österreichischen EU-Mitgliedschaft“, *FIW Policy Brief*, Nr. 18, Jänner 2013.
- Breuss, F. (2013B): “Towards a New EMU”, *WIFO Working Paper*, Nr. 447, March 2013. (erschienen als Amazon Kindle eBook, April 2013: <http://www.amazon.com/Towards-a-New-EMU-ebook/dp/B00CBZBNLM>)
- Breuss, F. (2013C): “Towards United States of Europe”, in: *Visions for Economic Policy Coordination in Europe*, Federal Ministry of Economy, Family and Youth, Vienna, June 2013, 27-47.
- Breuss, F. (2013D): „Europa als Global Player“, *WIFO Working Paper*, Nr. 455, November 2013 (publiziert als „Europa als Wirtschaftsraum in der Globalisierung“, in: H. Neuhaus (Hrsg.): *Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Atzelsberger Gespräche 2013, FAU Forschungen, Reihe A, Geisteswissenschaften, Band 1, Verlag der Friedrich-Alexander-Universität, Erlangen-Nürnberg (FAU University Press), 2014, 53-140.
- Breuss, F. (2014A): “A Prototype Model of European Integration: The Case of Austria”, *WIFO Working Papers*, Nr. 465, March 2014.
- Breuss, F. (2014B): „Auswirkungen der Ostöffnung 1989 auf Österreichs Wirtschaft“, in: A. Brait und M. Gehler (Hrsg.): *Grenzöffnung 1989: Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich*, Böhlau Verlag: Wien, Köln, Weimar, 2014.
- Breuss, F. (2015): “The Crisis in Retrospect: Causes, Effects and Policy Responses”, in: H. Badinger und V. Nitsch (Eds.): *Handbook of the Economics of European Integration*; to be published in 2015 by Routledge.
- Breuss, F., Kratena, K., Schebeck F. (1994): „Effekte eines EU-Beitritts für die Gesamtwirtschaft und für die einzelnen Sektoren“, *WIFO Monatsberichte, Sonderheft: "Österreich in der Europäischen Union: Anforderungen und Chancen für die Wirtschaft"*, Wien, Juni 1994, S18-S33.
- Breuss, F., Schebeck, F. (1989): *Die Vollendung des EG-Binnenmarktes. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen für Österreich. Makroökonomische Modellsimulationen*, WIFO Gutachten im Auftrag des Bundesministerium für Finanzen, Wien, März 1989.
- Breuss, F., Schebeck, F. (1991): „Österreich im EWR. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen“, *WIFO Monatsberichte*, Wien 5/1991, 285-290.

- Breuss, F., Stankovsky, J. (1988): *Österreich und der EG-Binnenmarkt*, Signum-Verlag, Wien 1988.
- Gehler, M. (2002): *Der lange Weg nach Europa: Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU; Darstellung*, Studien-Verlag. Innsbruck-Wien-München-Bozen, 2002.
- Gehler, M., Steininger, R. (Hrsg.) (1993/2014): *Österreich und die europäische Integration 1945-1993: Aspekte einer wechselvollen Entwicklung*, Böhlau-Verlag, Wien-Köln-Weimar 1993 (2. Aktualisierte und um die jüngste Entwicklung erweiterte Auflage, 2014).
- Hummer, W., Schweitzer, M. (1987): *Österreich und die EWG. Neutralitätsrechtliche Beurteilung der Möglichkeiten der Dynamisierung des Verhältnisses zur EWG*, Signum-Verlag, Wien 1987.